



Drucksachen-Nr.

0294/2025-2030

Datum:

11.01.2026

An die Oberbürgermeisterin der Stadt Bielefeld

Anfrage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Stadt Bielefeld	22.01.2026	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Korruptionsvorwürfe gegen Mitarbeiter der Ausländerbehörde Bielefeld

Sachverhalt:

In jüngsten Berichten wird über schwere Korruptionsvorwürfe in der Ausländerbehörde Bielefeld berichtet (<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2026/staatsanwaltschaft-ermittelt-gegen-mitarbeiter-der-auslaenderbehoerde/>). Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen vier Personen, darunter zwei Mitarbeiter der Behörde, im Zusammenhang mit der unrechtmäßigen Vergabe von Aufenthaltstiteln, u. a. auch unbefristete Niederlassungserlaubnisse, gegen Geldzahlungen in Höhe von bis zu 4.000 Euro pro Fall. Insgesamt sollen mindestens 60.000 Euro an Bestechungsgeldern geflossen sein (<https://www.radiobielefeld.de/nachrichten/am-puls-der-stadt/neues-detail-zu-korruptionsermittlungen-bei-bielefelder-auslaenderbehoerde.html>). Besonders brisant: Eine Person, die kürzlich erst selbst eine Aufenthaltserlaubnis erhalten hat, soll bei den Machenschaften mitgewirkt haben.

Es handelt sich um mindestens 15 Verdachtsfälle im Zeitraum von September 2023 bis April 2025, ergänzt um einen weiteren möglichen Fall vom Oktober 2025. Durchsuchungen fanden bereits im November und Dezember 2025 statt.

Bereits seit längerem kursierten scheinbar Vermutungen über Korruption in der Behörde (<https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/Korruption-Bestechung-Auslaenderbehoerde-Stadt-Bielefeld-100.html>), was auf systemische Versäumnisse hindeuten könnte.

Frage:

Welche Entscheidungsbefugnis hat ein einzelner Mitarbeiter der Ausländerbehörde bei der Vergabe von Aufenthaltstiteln, insbesondere dauerhaften Niederlassungserlaubnissen?

Zusatzfrage 1:

Wie ist es erklärbar, dass offenbar bereits seit längerem Vermutungen über Korruption in der Ausländerbehörde bestanden, ohne dass unverzüglich Maßnahmen ergriffen wurden?

Zusatzfrage 2:

Welche konkreten Schritte hat die Stadtverwaltung unternommen, um alle potenziell betroffenen Fälle auf unrechtmäßige Vergaben zu überprüfen und die Betroffenen rückwirkend zu sanktionieren?

Unterschrift:

gez.
Dr. Florian Sander
Vorsitzender AfD-Ratsfraktion Bielefeld